

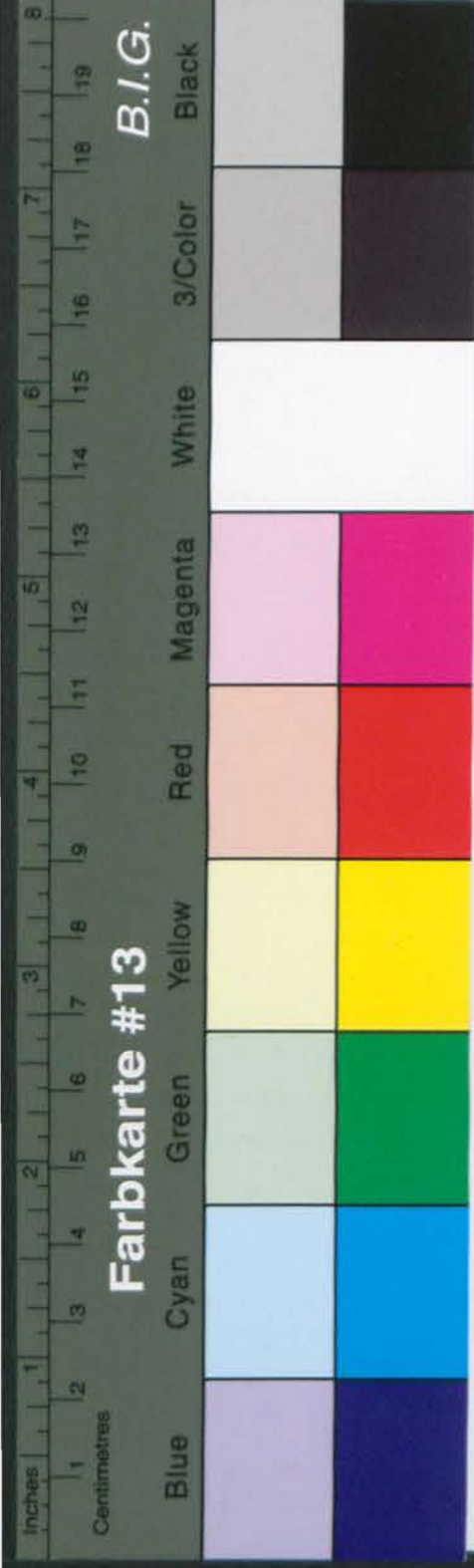
# Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

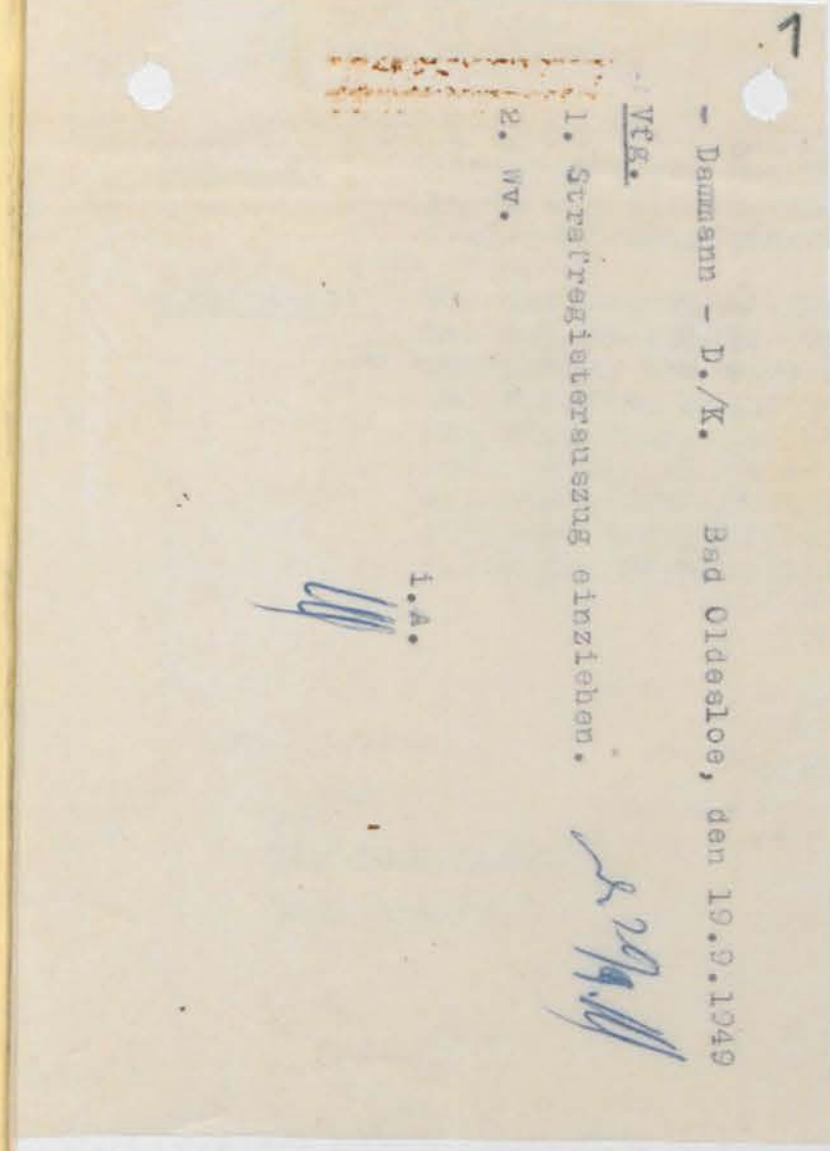
Bestand B 2

166

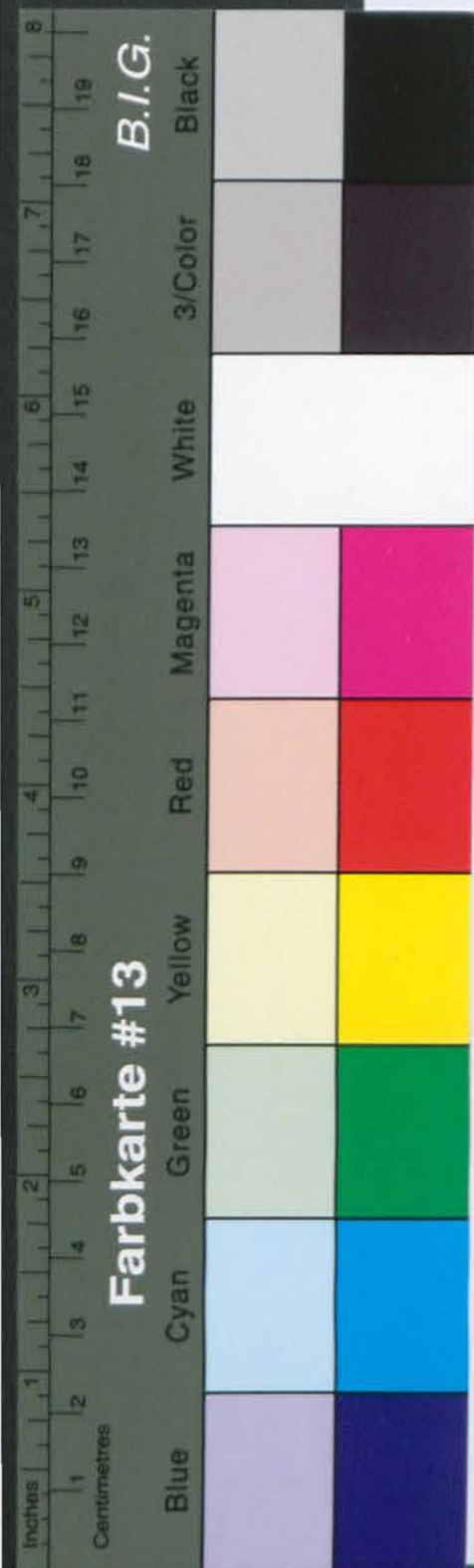




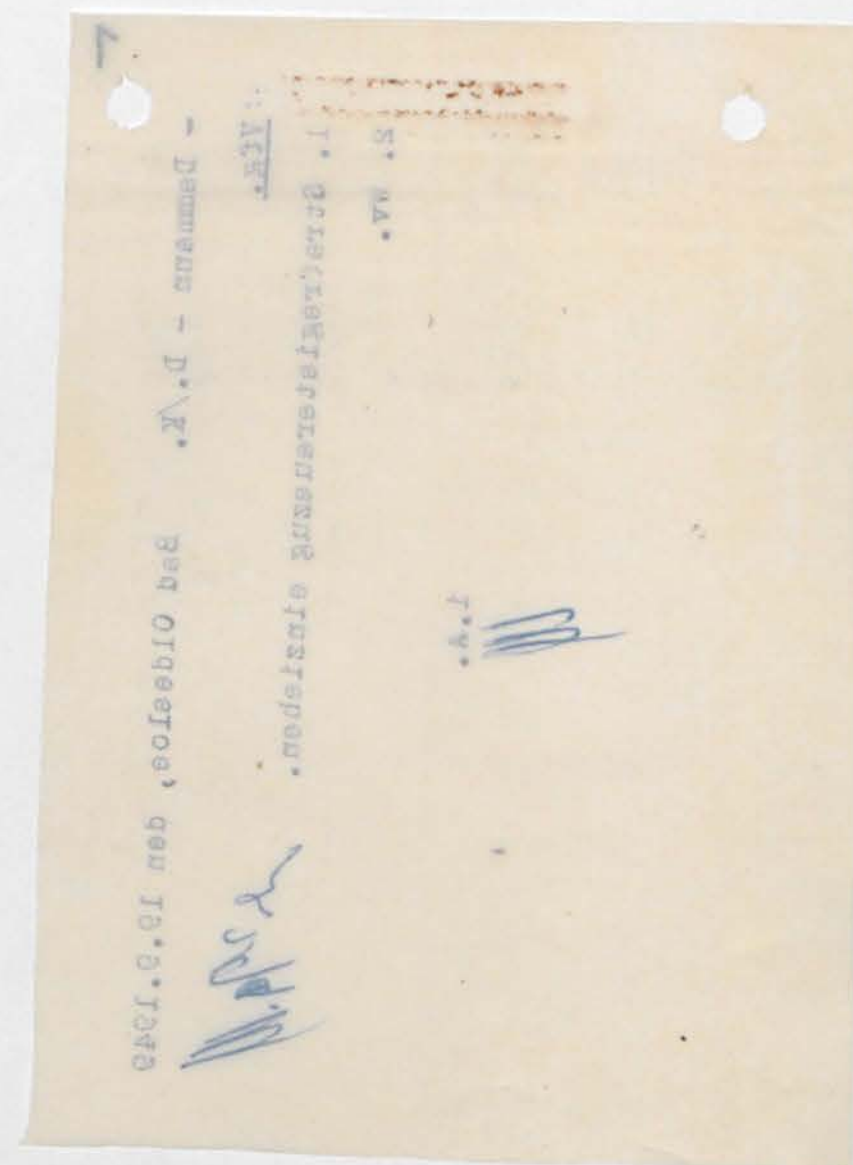
# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



2

## Protokoll -.-.-.-.-

der 98. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 20. August 1953 in Bad Oldesloe.

Es waren anwesend:

- a) Herr Siege,
- b) Frau Hilmann,
- c) Herr Gering,
- d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Beschwerde des Heinrich Dammann in Todendorf  
gegen den die Anerkennung versagenden Beschluss des  
Kreissonderhilfeausschusses vom 29. Januar 1953.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, es  
bei dem Beschluss vom 29. Januar 1953 zu belassen, da neue  
Tatsachen, die eine Änderung dieses Beschlusses herbei füh-  
ren könnten, nicht beigebracht wurden. Auch die eingereich-  
ten Zeugenaussagen der Fa. Wacholder-Müller oder Günther  
sind in keiner Weise geeignet, eine Anerkennung auszu-  
sprechen. Der Antragsteller ist nach Ansicht des Aus-  
schusses kein Verfolgter im Sinne des Landesgesetzes vom  
4.3.1948. Es war daher, wie geschehen, zu beschliessen.

*Siege*  
Vorsitzender.

*Hilmann*  
Beisitzerin.

*Gering*  
Beisitzer.

*Handwritten mark*



# Kreisarchiv Stormarn B2



3

20. Oktober 1949

4-1/9- Kreissonderhilfesausschuss -  
- Dammann - D./K.

1) *Stalgraben*

Unschriftlich  
an die Staatsanwaltschaft  
in R o s t o c k

*22/10.49*

zurück mit der Bitte, auch etwa getilgte Strafen anzugeben. Damann be-  
hauptet, wegen staatsfeindlicher Äußerungen durch das Sondergericht in  
Kiel am 17.5.40 verurteilt zu sein. Diese Strafe will er vom 8.1.40 -  
8.6.40 und 21.10.35 - 26.3.37 und 1.1.38 - 5.4.38 verbüßt haben.

Im Auftrage: *[Signature]*



# Kreisarchiv Stormarn B2



Im Auftrag:

20. Oktober 1949

4-1/9-Kreisonderhilfsausschuss -  
- Damann - D./K.

An die  
Staatsanwaltschaft  
in Kiel

In der Strafsache gegen Heinrich D a m a n n in Todendorf

Aktz.: 11 Son KMs 30/40

des Sondergerichte Kiel wird um Überlassung der Strafakten für kurze  
Zeit zur Einsichtnahme gebeten.

Im Auftrag:

4

25. November 1949

4-1/9-Kreisonderhilfsausschuss -  
- Damann - D./K.

An die  
Staatsanwaltschaft  
in Kiel

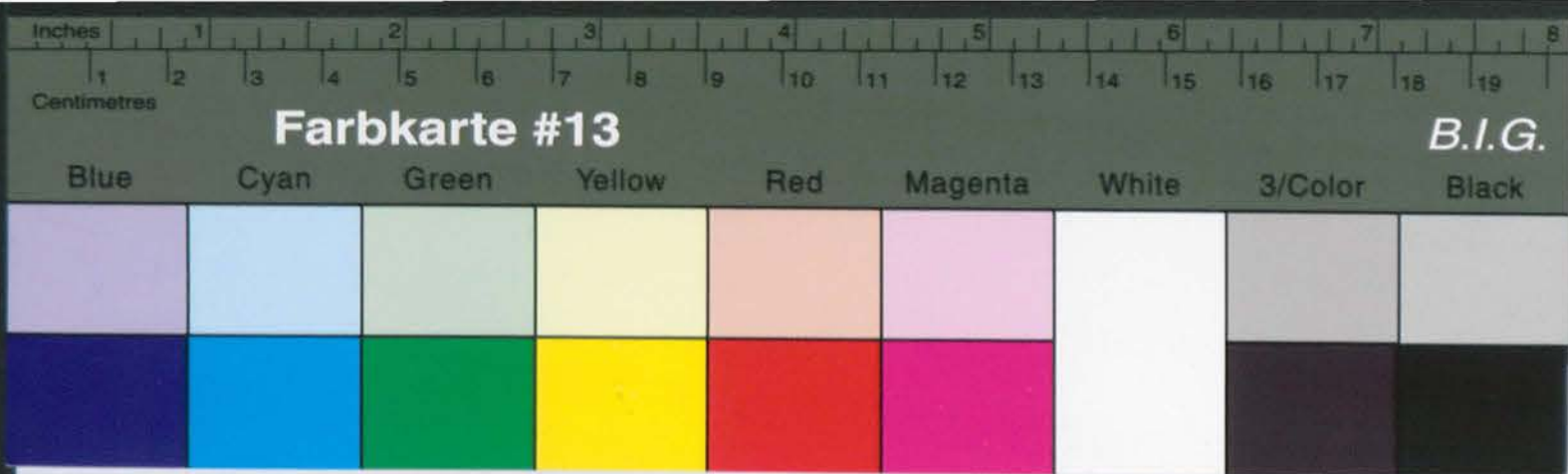
In der Strafsache gegen Heinrich D a m a n n in Todendorf

Aktz.: 11 Son KMs 30/40

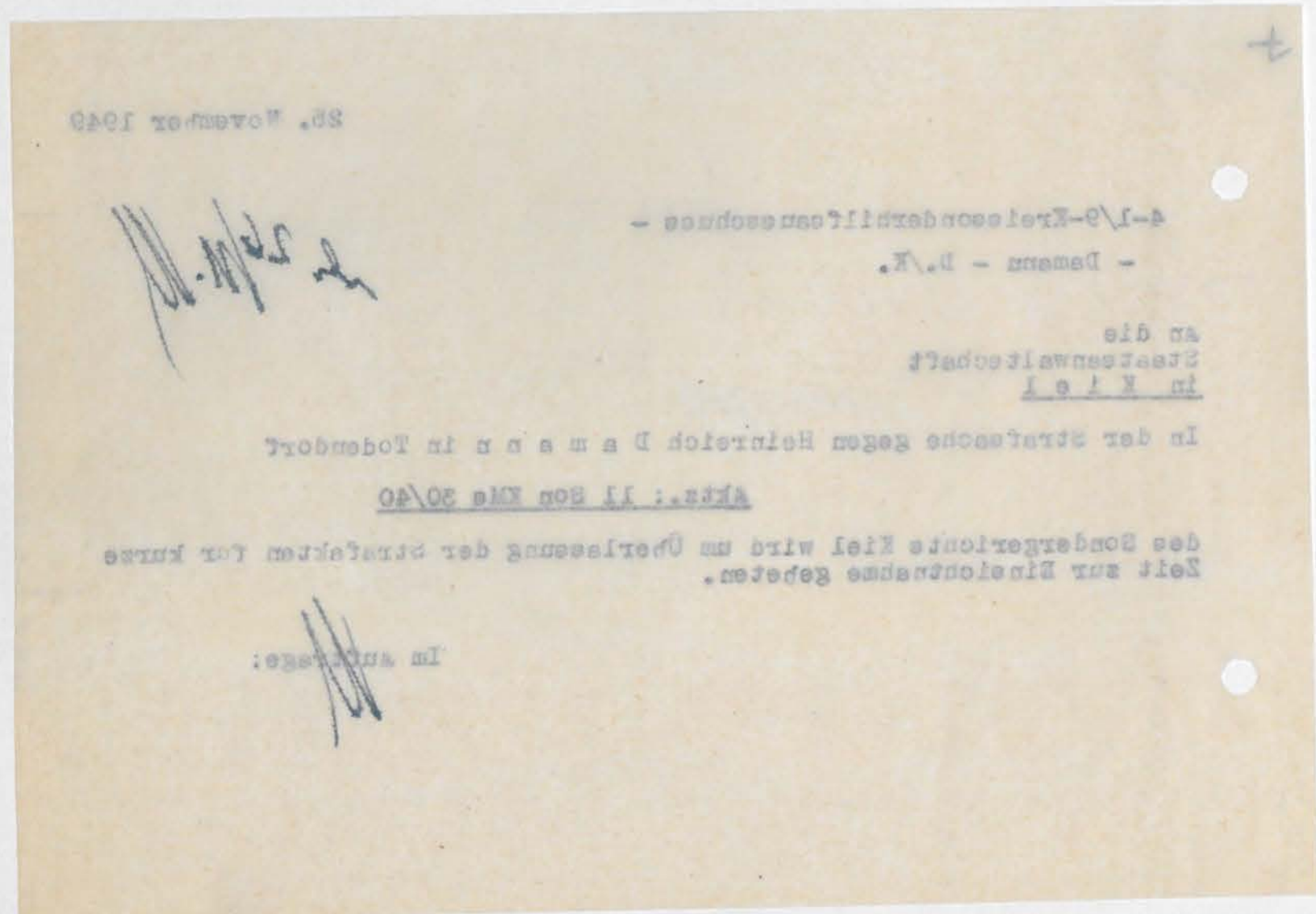
des Sondergerichte Kiel wird um Überlassung der Strafakten für kurze  
Zeit zur Einsichtnahme gebeten.

Im Auftrag:





# Kreisarchiv Stormarn B2



Der Oberstaatsanwalt  
(11/14) 11 K Ms 30/40

Kiel, den 30. Nov. 1949.

An  
die Verwaltung des Kreises Stormarn  
-Kreissonderhilfsausschuß-  
in Bad Oldesloe.

Zu Abt.: 4-1/9- Damann

In der Strafsache gegen Damann werden in Er-  
ledigung des dortigen Schreibens vom 25.11.1949  
die Akten 11 Son KMs 30/40 übersandt.

Amt. Anordnung:  
Justizangestellter.

Im An-  
werden anliegend die Akten nach Einzelnahme mit  
Akte.: (11/14) 11 KMs 3

In der Strafsache gegen Heinrich D a m m a n n  
in K i e l  
Herrn Oberstaatsanwalt  
an den

- Damann - D./K.

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss -

der 60. Sitzung des Kreissonderhilfsaus-

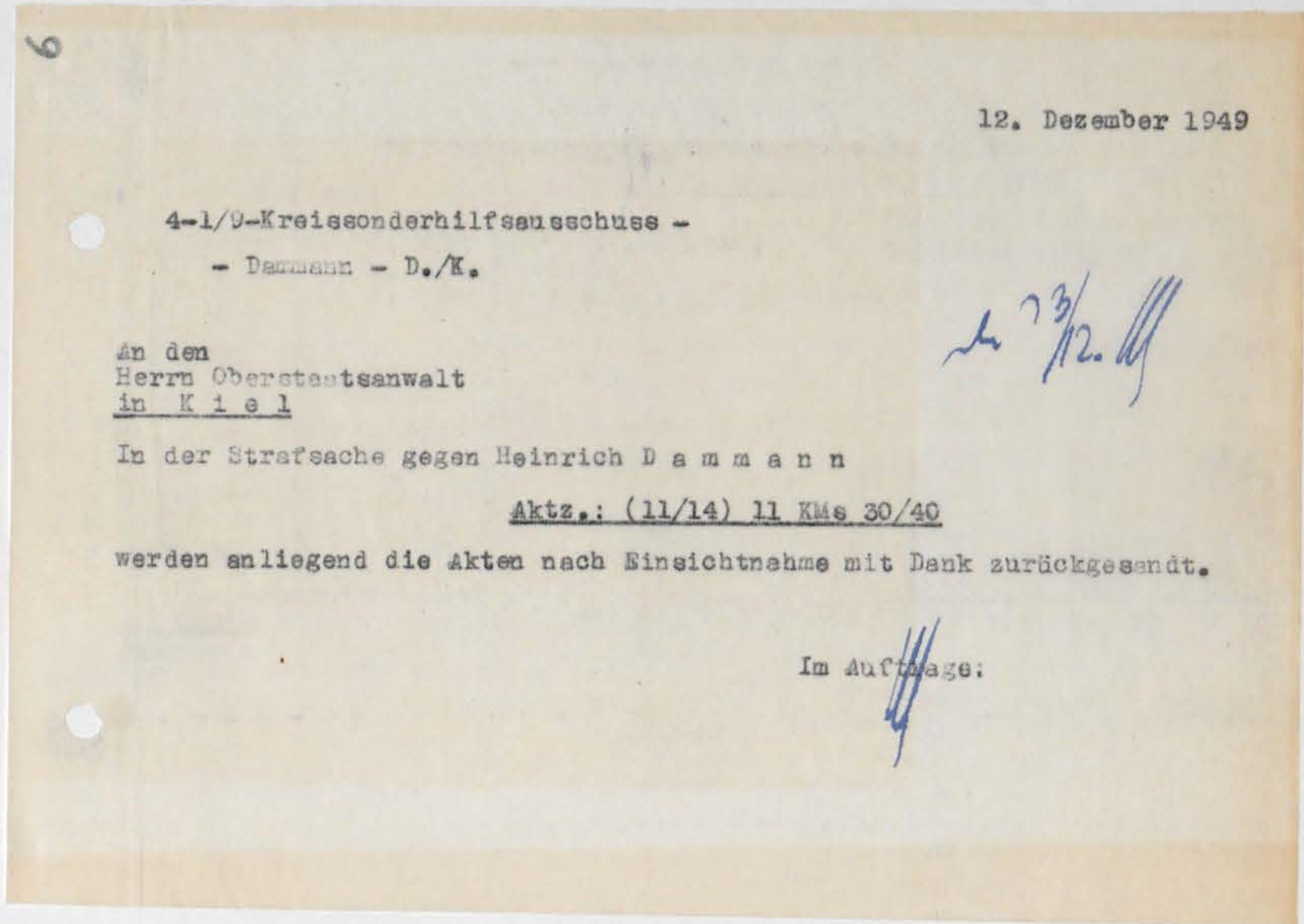
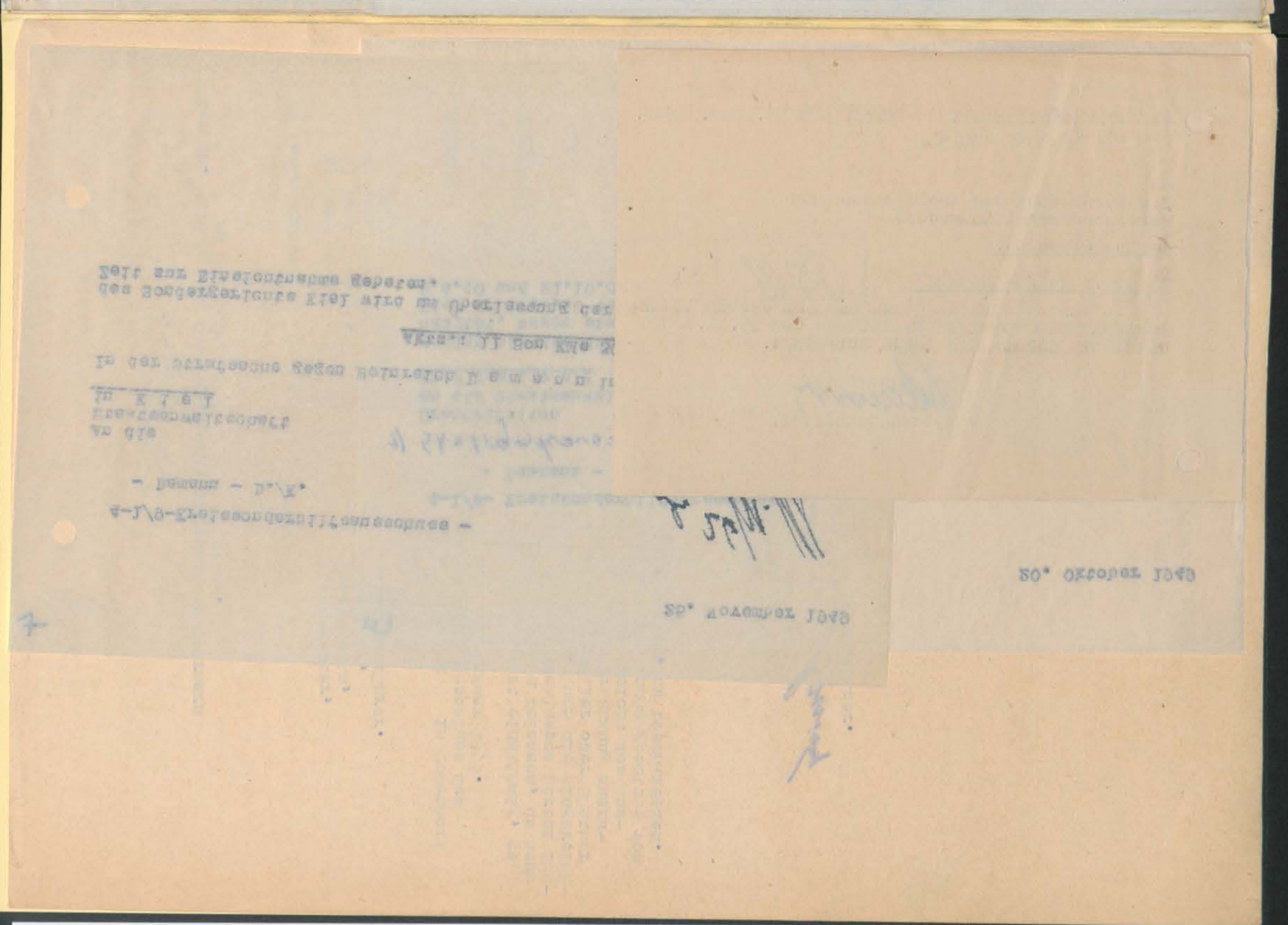
12. Dezember 1949

am 23. Februar  
, Haus Nr. 105  
der Gestapo in  
Schutzhart ge -  
enis eingeleitet  
nd er sich weiter  
ad ist zufolge der  
/4 vom 19.4.1940  
algefingnis in

6  
Fg. 4.3  
9



# Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2



7

P r o t o k o l l  
-----

der 50. Sitzung des Kreissonderhilfeaus-  
schusses Stormarn am 15. Dezember 1949.

Es waren anwesend:

1. Herr Siego,	Vorsitzender
2. Herr Prof. Dr. Benner,	Beisitzer
3. Herr Pietsch,	stellv. Beisitzer
4. Herr Dabelstein.	Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag des Heinrich D a m m n in Todendorf auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, die Entscheidung über die Anerkennung vorläufig noch zurückzustellen, da die bisherigen Unterlagen nicht ausreichen, um eine Anerkennung zurechtfertigen. Der Antragsteller hat durch weitere Unterlagen den Nachweis darüber zu erbringen, dass er dem Nationalsozialismus stets aktiven Widerstand geleistet hat. Die von ihm begangenen Vergehen gegen das Heimtückegesetz können eine Anerkennung noch nicht rechtfertigen.

-----

15. Dezember 1949

In der 50. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses  
am 15. Dezember 1949

Der Vorsitzende: *[Signature]*

Der Geschäftsführer: *[Signature]*

- Protokoll -

4-15-10-12-13-14-15-16-17-18-19

15. Dezember 1949



# Kreisarchiv Stormarn B2



19. Dezember 1949

4-1/9-Kreissonderhilfsausschuss  
- Dammann - D./X.

Herrn  
Heinrich D a m m a n n  
in T o d e n d o r f

In Ihrer Betreuungssache wird Ihnen mitgeteilt, dass der Kreissonderhilfe-  
ausschuss in der Sitzung vom 15. d.M. eine Entscheidung über Ihre Anerken-  
nung noch nicht getroffen hat. Die bisher vorhandenen Unterlagen sind noch  
nicht ausreichend, um eine Anerkennung auszusprechen.  
Nach der für die Anerkennung gültigen Anweisung der brit. Militärregierung  
ist erforderlich, dass Sie den Nationalsozialismus aktiven Widerstand ge-  
leistet haben und wegen dieses Widerstandes verfolgt wurden. Ein Vergehen  
gegen das Heimtückegesetz, wie in Ihrem Falle, kann ohne weiteres als aus-  
reichend für diese Anerkennung noch nicht angesehen werden. Es ist erfor-  
derlich, dass Sie noch durch weitere Unterlagen den Nachweis dafür erbrin-  
gen, dass Sie dem Nationalsozialismus aktive aktiven Widerstand geleistet  
haben.

Im Auftrage:

-----

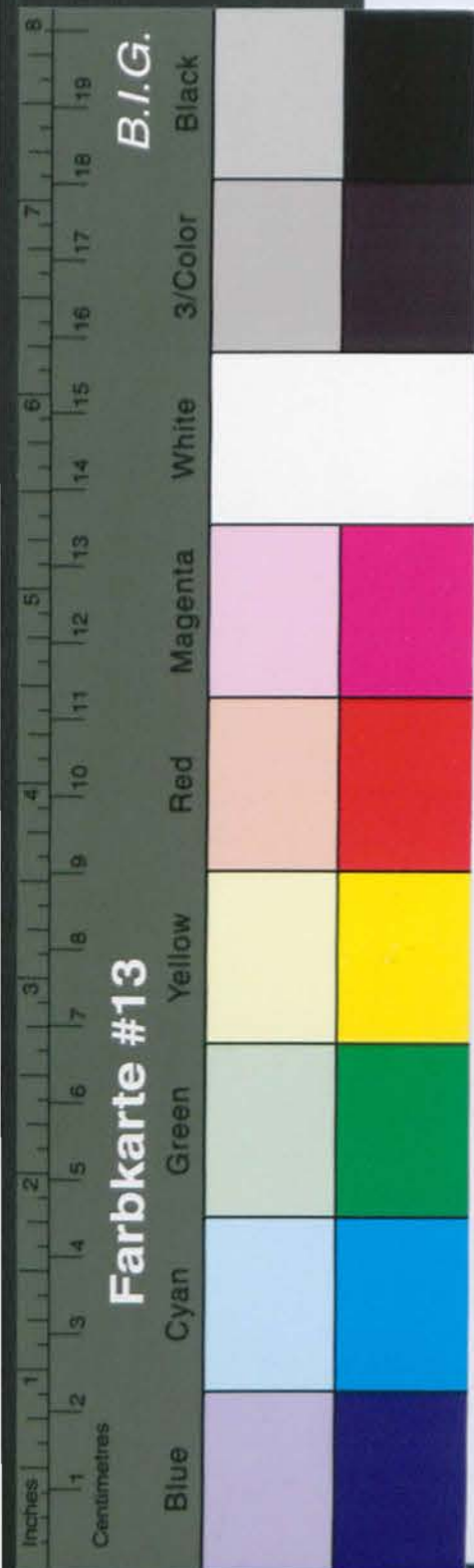
Anmerkungen: Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949 ist die  
Anerkennung des Kreisarchivs als Kreisarchiv für die Zeit vom 1. d.M. 1949  
bis zum 31. d.M. 1949 nicht möglich, da das Kreisarchiv für die Zeit vom  
1. d.M. 1949 bis zum 31. d.M. 1949 nicht als Kreisarchiv anerkannt ist.  
Es werden folgende Unterlagen benötigt:

1. Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949	2. Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949
3. Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949	4. Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949
5. Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949	6. Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949
7. Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949	8. Nach dem Bericht des Kreisarchivs vom 15. d.M. 1949

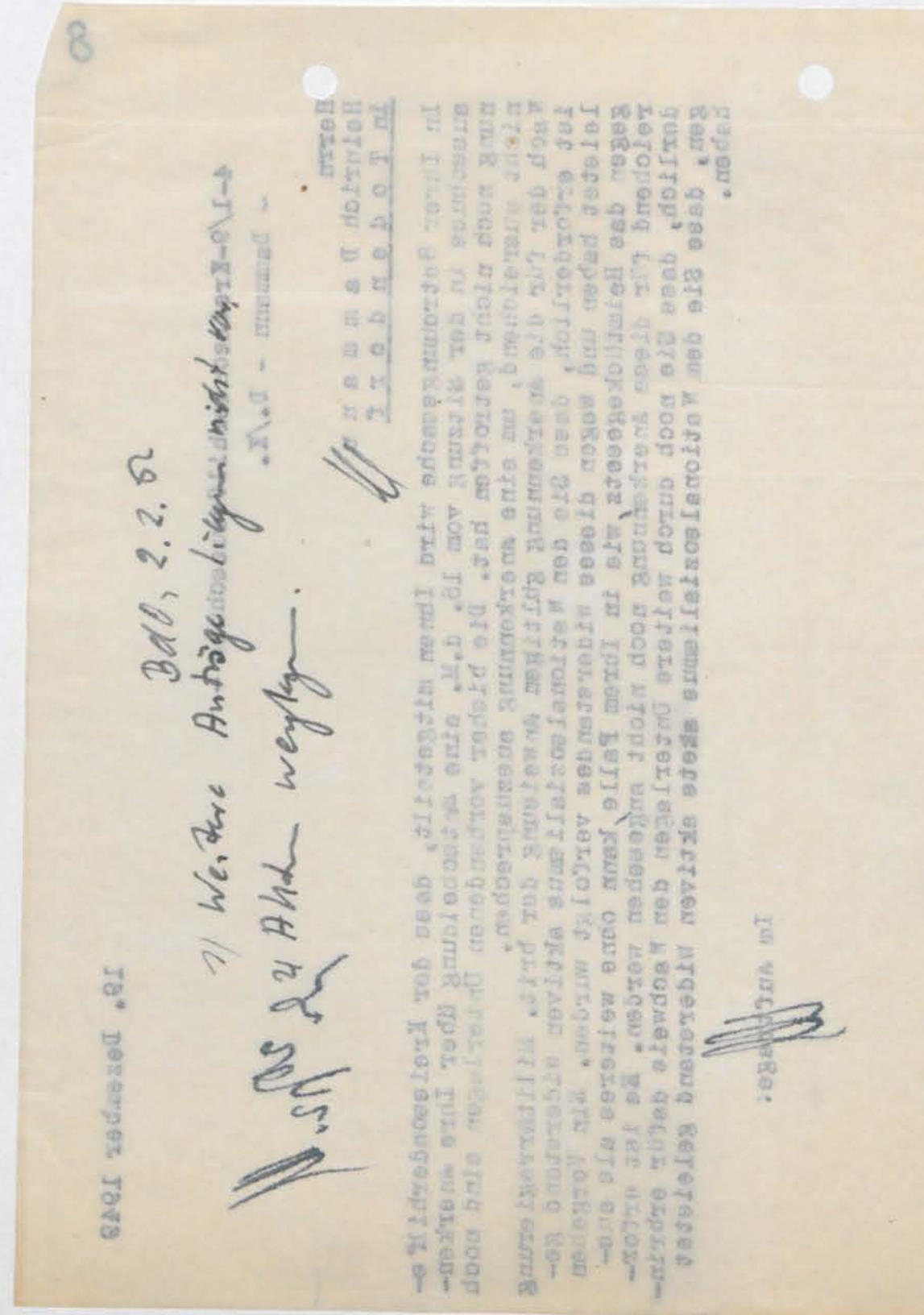
-----

B I O G R A F I E





# Kreisarchiv Stormarn B2



Gefangenenbuch Nr. 86

Eg. 7h.53 9

## Bescheinigung:

Dem Landwirt Heinrich Dammann, geboren am 23. Februar 1977 in Sülze in Pommern, wohnhaft in Todendorf, Haus Nr. 105 wird bescheinigt, dass er am 8. Januar 1940 von der Gestapo in Lübeck wegen staatsfeindlicher Äußerungen in Schutzhaft genommen worden ist und hier in das Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde.

Nach den Eintragungen im Gefangenenbuch befand er sich weiter ab 29. Januar 1940 hier in Untersuchungshaft und ist zufolge der Verfügung des Sondergerichts in Kiel - Sdg. 73/4 vom 19.4.1940 am 3. Mai 1940 in das Untersuchungs- und Marstallgefängnis in Lübeck überführt worden.

Ahrensburg, den 21. November 1952

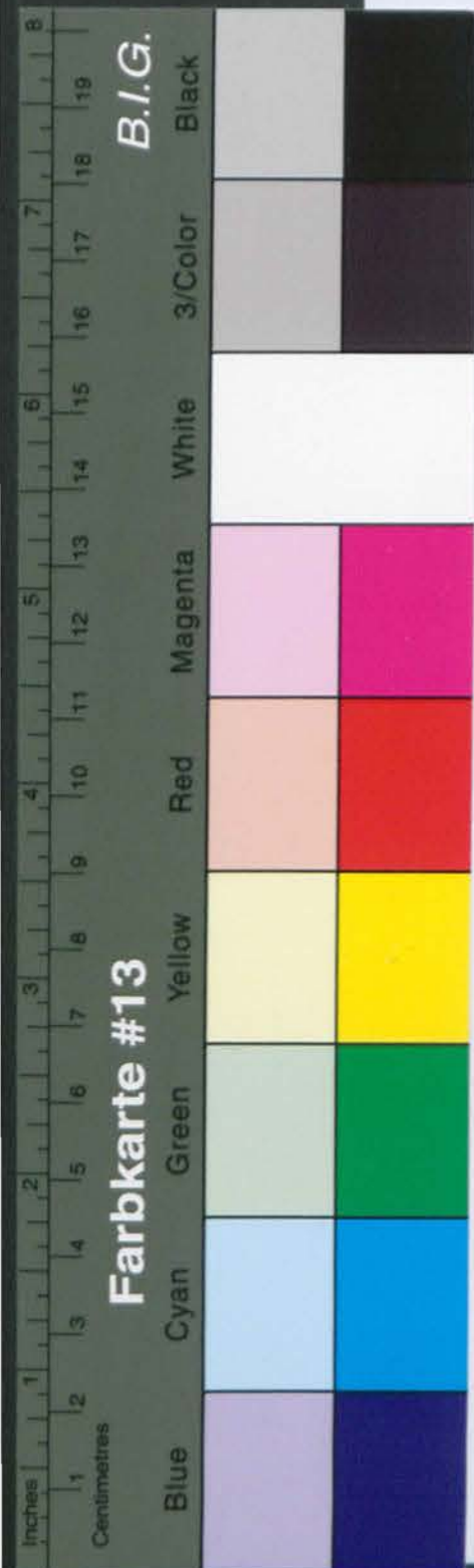


Gerichtsgefängnis Ahrensburg

*Mant* Justizoberinspektor  
als Gefängnisinspektor.

Herrn  
Heinrich Dammann, Landwirt,  
Todendorf,  
Haus Nr. 105





# Kreisarchiv Stormarn B2

10

## Protokoll

der 96. Sitzung des Kreisonderhilfeausschusses Stormarn  
am 29. Januar 1953 in Bad Oldesloe.

Es waren anwesend:

- a) Herr Siege,
- b) Frau Hilmann,
- c) Herr Rugbasse,
- d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
stellv. Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten des  
Heinrich D a m m a n n in Todendorf.

Beschluss: Der Kreisonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den  
Antrag des Antragstellers abzulehnen, weil nicht als  
erwiesen gilt, dass der Antragsteller wegen seiner  
politischen Überzeugung verfolgt wurde.

Der Antragsteller ist am 23. Februar 1877 in  
Sülze geboren. Mitglied der WSDAP. oder deren Gliederungen ist er  
nach seinen Angaben nicht gewesen. Ausweislich des eingezogenen  
Strafregisterauszuges ist der Antragsteller am 17. Mai 1940 durch das  
Sondergericht in Kiel gemäss den Bestimmungen des § 134 b StGB.  
zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 13.8.1948 ist er wegen  
Schwarzschlachtung in 3 Fällen zu Geldstrafen von insgesamt 180.--DM  
verurteilt. Am 30.9.1948 ist er zu 100.-- DM Geldstrafe und  
am 12.7.1949 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf den  
Strafregisterauszug wird Bezug genommen. Weiter wird auf die Ausführ-  
ungen in dem Urteil des Sondergerichts vom 17. Mai 1940 verwiesen.

Der Kreisonderhilfeausschuss kann es nicht  
als erwiesen ansehen, dass der Antragsteller die Voraussetzungen  
des Landesgesetzes 37/48 erfüllt, wonach als Verfolgter gilt, wer  
im In- oder Ausland wegen seines Glaubens, seiner Rasse oder seiner  
Religion verfolgt wurde. Wenn der Antragsteller auch durch das  
Sondergericht verurteilt wurde, so rechtfertigt dieses noch nicht  
eine Anerkennung als polit. Verfolgten. Der Antragsteller ist ein  
Mensch, der mit den Massnahmen der damaligen Regierung aus einer  
persönlichen Verärgerung heraus, nicht einverstanden war, wie  
dieses aus den Urteilsgründen ersichtlich ist. Auch nach dem Zusammen-  
bruch hat es der Antragsteller bewiesen, dass ihm die Massnahmen  
nicht gefielen. Er wurde auch hier erneut straffällig. Auch in der  
heutigen Zeit hat der Antragsteller wiederholt Auseinandersetzung  
mit seinen Mitmenschen, auch hier nur, aus einer persönlichen  
Verärgerung heraus. Der Antragsteller hat damit bewiesen, dass er  
zu jeder Zeit gegen die Massnahmen der Regierungen verhetzt. Er hat  
jedoch nicht bewiesen, dass er als Gegner der WSDAP. anzusehen ist.  
Sein am 21. September 1949 gestellter Antrag war daher, wie beschlossen  
abzulehnen. Eine endgültige Entscheidung durch den Kreisonderhilfe-  
ausschuss konnte erst jetzt getroffen werden, weil der Antragsteller  
erst jetzt weitere Unterlagen einreichte, die jedoch nicht ausreichen,  
um seinen Anträge stattzugeben.

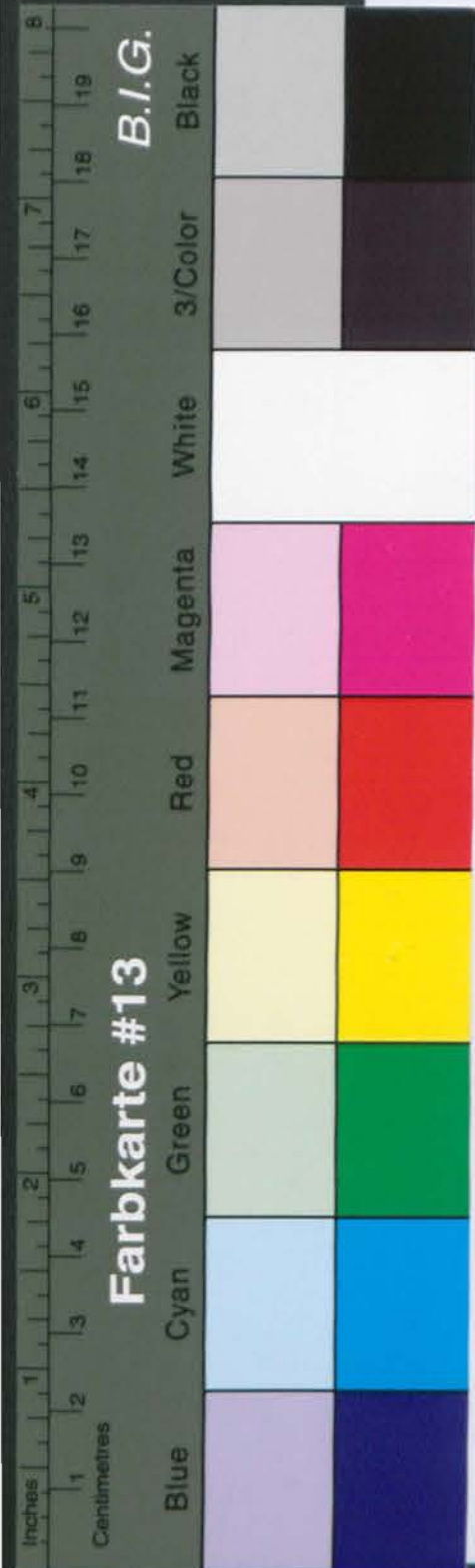
Gegen diesen Beschluss steht dem Antragsteller das  
Recht der Beschwerde an den Sonderhilfeausschuss des Landes in Kiel  
zu. Eine etwaige Beschwerde wäre bei dem Kreisonderhilfeausschuss  
innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses einzu-  
reichen.

Beisitzerin.

Vorsitzender.

stellv. Beisitzer.





# Kreisarchiv Stormarn B2

10

Protokoll

der 96. Sitzung des Kreisverbandes Stormarn  
am 29. Januar 1953 in Bad Oldesloe.

Es waren anwesend:

a) Herr Siegel,  
b) Frau Hilmann,  
c) Herr Rugehase,  
d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
stellv. Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten des  
Heinrich Dammann in Todendorf.

Beschluss: Der Kreisverbandes Stormarn beschließt einstimmig, den  
Antrag des Antragstellers abzulehnen, weil nicht als  
erwiesen gilt, dass der Antragsteller wegen seiner  
politischen Überzeugung verfolgt wurde.

Der Antragsteller ist am 23. Februar 1877 in  
Sülze geboren. Mitglied der WSDAP. oder deren Gliederungen ist er  
nach seinen Angaben nicht gewesen. Ausweislich des eingezogenen  
Strafregisterauszuges ist der Antragsteller am 17. Mai 1940 durch das  
Sondergericht in Kiel gemäß den Bestimmungen des § 134 b RM StGB.  
zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 13.8.1948 ist er wegen  
Schwarzschleichung in 3 Fällen zu Geldstrafen von insgesamt 180.--DM  
verurteilt. Am 30.9.1948 ist er zu 100.-- DM Geldstrafe und  
am 12.7.1949 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf den  
Strafregisterauszug wird Bezug genommen. Weiter wird auf die Ausführ-  
ungen in dem Urteil des Sondergerichts vom 17. Mai 1940 verwiesen.

Der Kreisverbandes Stormarn kann es nicht  
als erwiesen ansehen, dass der Antragsteller die Voraussetzungen  
des Landesgesetzes 37/48 erfüllt, wonach als Verfolgter gilt, wer  
im In- oder Ausland wegen seines Glaubens, seiner Rasse oder seiner  
Religion verfolgt wurde. Wenn der Antragsteller auch durch das  
Sondergericht verurteilt wurde, so rechtfertigt dieses noch nicht  
eine Anerkennung als polit. Verfolgter. Der Antragsteller ist ein  
Mensch, der mit den Maßnahmen der damaligen Regierung aus einer  
persönlichen Verärgerung heraus, nicht einverstanden war, wie  
dieses aus den Urteilsgründen ersichtlich ist. Auch nach dem Zusammen-  
bruch hat es der Antragsteller bewiesen, dass ihm die Maßnahmen  
nicht gefielen. Er wurde auch hier erneut straffällig. Auch in der  
heutigen Zeit hat der Antragsteller wiederholt Auseinandersetzungen  
mit seinen Mitmenschen, auch hier nur, aus einer persönlichen  
Verärgerung heraus. Der Antragsteller hat damit bewiesen, dass er  
zu jeder Zeit gegen die Maßnahmen der Regierungen verstoßen ist.  
Seine am 21. September 1949 gestellte Antrag war daher, wie beschlos-  
sen, abzulehnen. Eine endgültige Entscheidung durch den Kreisverbandes  
Stormarn konnte erst jetzt getroffen werden, weil der Antragsteller  
erst jetzt weitere Unterlagen einreichte, die jedoch nicht ausreichen,  
um seinen Antrag stattzugeben.

Gegen diesen Beschluss steht dem Antragsteller das  
Recht der Beschwerde an den Sonderhilfesausschuss des Landes in Kiel  
zu. Eine etwaige Beschwerde wäre bei dem Kreisverbandes Stormarn  
innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses einzu-  
reichen.

Vorsitzender,  
Beisitzerin,

12  
11

Protokoll

der 96. Sitzung des Kreisverbandes Stormarn  
am 29. Januar 1953 in Bad Oldesloe.

Es waren anwesend:

a) Herr Siegel,  
b) Frau Hilmann,  
c) Herr Rugehase,  
d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
stellv. Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten des  
Heinrich Dammann in Todendorf.

Beschluss: Der Kreisverbandes Stormarn beschließt einstimmig, den  
Antrag des Antragstellers abzulehnen, weil nicht als  
erwiesen gilt, dass der Antragsteller wegen seiner  
politischen Überzeugung verfolgt wurde.

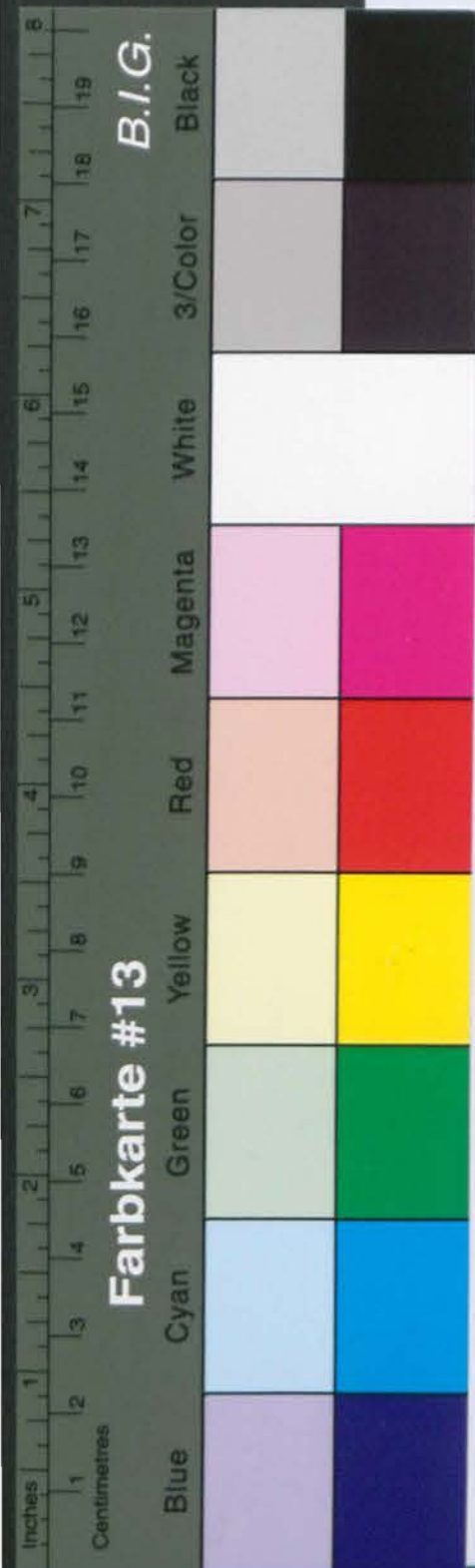
Der Antragsteller ist am 23. Februar 1877 in  
Sülze geboren. Mitglied der WSDAP. oder deren Gliederungen ist er  
nach seinen Angaben nicht gewesen. Ausweislich des eingezogenen  
Strafregisterauszuges ist der Antragsteller am 17. Mai 1940 durch das  
Sondergericht in Kiel gemäß den Bestimmungen des § 134 b RM StGB.  
zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 13.8.1948 ist er wegen  
Schwarzschleichung in 3 Fällen zu Geldstrafen von insgesamt 180.--DM  
verurteilt. Am 30.9.1948 ist er zu 100.-- DM Geldstrafe und  
am 12.7.1949 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf den  
Strafregisterauszug wird Bezug genommen. Weiter wird auf die Ausführ-  
ungen in dem Urteil des Sondergerichts vom 17. Mai 1940 verwiesen.

Der Kreisverbandes Stormarn kann es nicht  
als erwiesen ansehen, dass der Antragsteller die Voraussetzungen  
des Landesgesetzes 37/48 erfüllt, wonach als Verfolgter gilt, wer  
im In- oder Ausland wegen seines Glaubens, seiner Rasse oder seiner  
Religion verfolgt wurde. Wenn der Antragsteller auch durch das  
Sondergericht verurteilt wurde, so rechtfertigt dieses noch nicht  
eine Anerkennung als polit. Verfolgten. Der Antragsteller ist ein  
Mensch, der mit den Maßnahmen der damaligen Regierung aus einer  
persönlichen Verärgerung heraus, nicht einverstanden war, wie  
dieses aus den Urteilsgründen ersichtlich ist. Auch nach dem Zusammen-  
bruch hat es der Antragsteller bewiesen, dass ihm die Maßnahmen  
nicht gefielen. Er wurde auch hier erneut straffällig. Auch in der  
heutigen Zeit hat der Antragsteller wiederholt Auseinandersetzungen  
mit seinen Mitmenschen, auch hier nur, aus einer persönlichen  
Verärgerung heraus. Der Antragsteller hat damit bewiesen, dass er  
zu jeder Zeit gegen die Maßnahmen der Regierungen verstoßen ist.  
Seine am 21. September 1949 gestellte Antrag war daher, wie beschlos-  
sen, abzulehnen. Eine endgültige Entscheidung durch den Kreisverbandes  
Stormarn konnte erst jetzt getroffen werden, weil der Antragsteller  
erst jetzt weitere Unterlagen einreichte, die jedoch nicht ausreichen,  
um seinen Antrag stattzugeben.

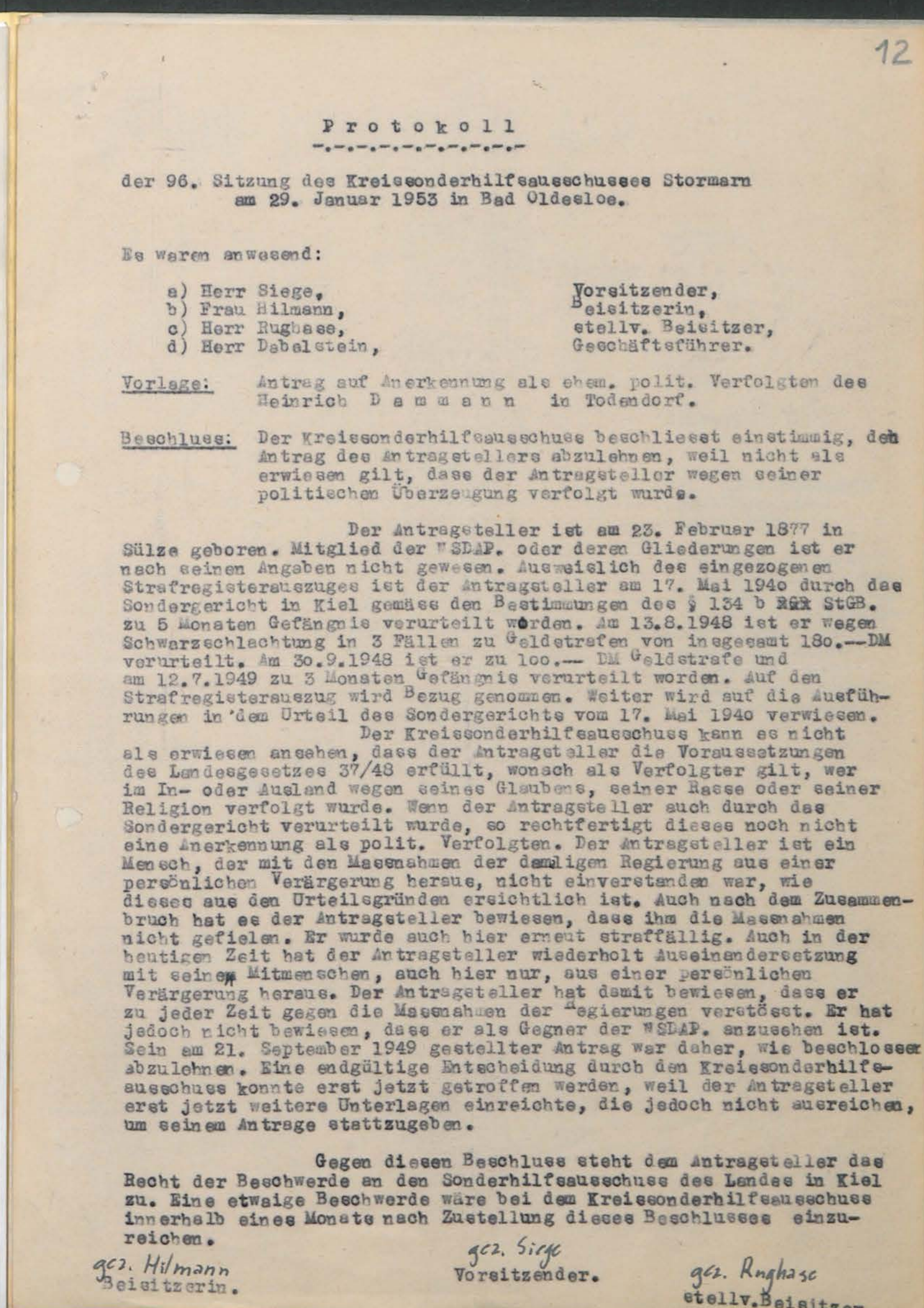
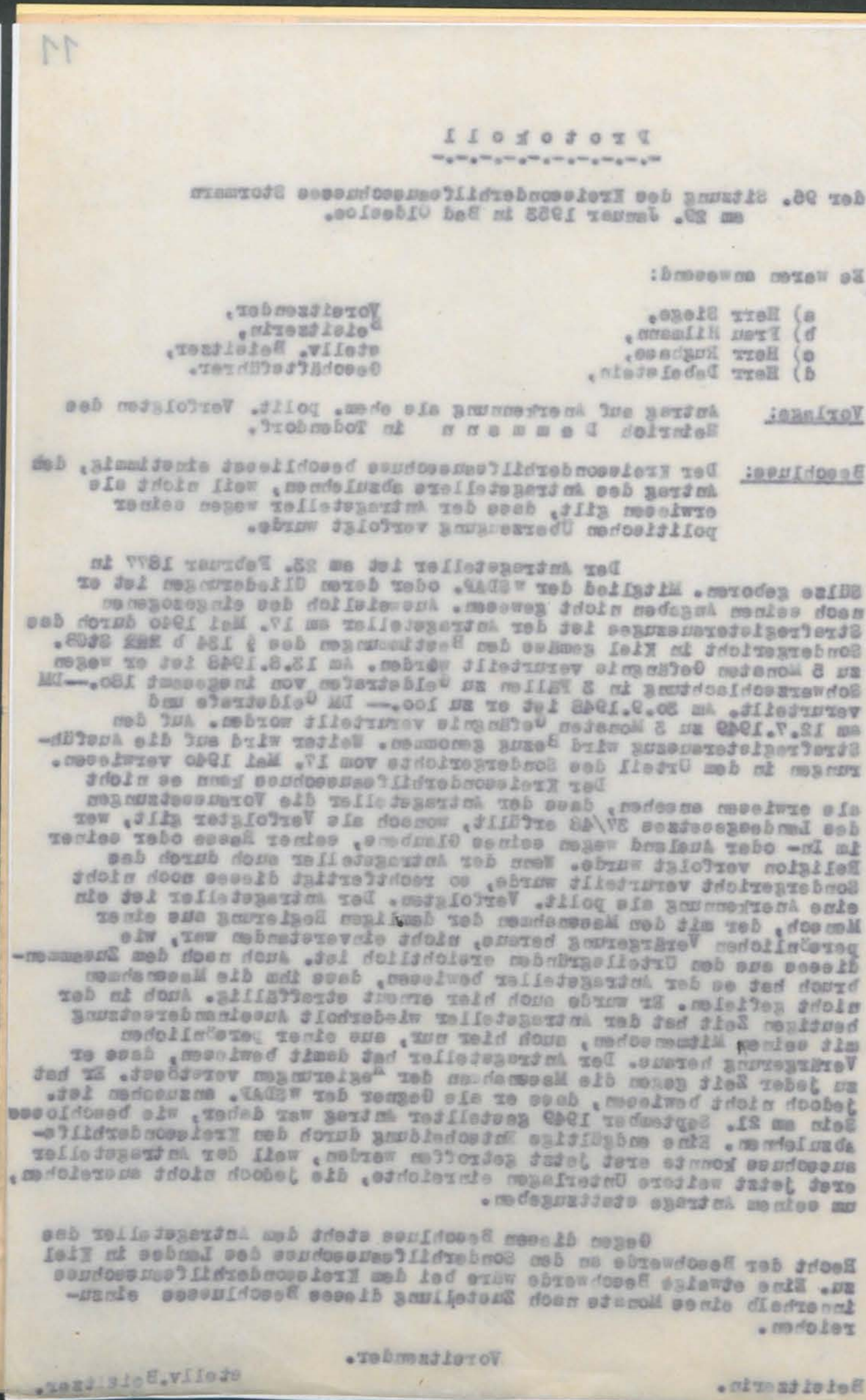
Gegen diesen Beschluss steht dem Antragsteller das  
Recht der Beschwerde an den Sonderhilfesausschuss des Landes in Kiel  
zu. Eine etwaige Beschwerde wäre bei dem Kreisverbandes Stormarn  
innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses einzu-  
reichen.

Beisitzerin,  
Vorsitzender,  
stellv. Beisitzer.





# Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2



13

DER INNENMINISTER  
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszeichen: Ref. I 16 1 - Ru./Lu.-  
(Im Antwortschreiben anzugeben) - SHAdL. -

An den  
Herrn Landrat des Kreises Stormarn  
-Kreissonderhilfsausschuss-  
in Bad Oldesloe

Betr.: OdN-Anerkennungsverfahren des Heinrich Dammann, Todendorf/Post  
Trittau.

Bezug: Beschwerde vom 25.6.1953.

Anliegende Beschwerde, hier eingegangen am 27. Juni 1953, sende  
ich Ihnen zur weiteren Veranlassung.

Anlagen:  
1 Beschwerde m. 9 Anlagen

(24b) KIEL, den 10. Juli 1953

Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90  
Telefon 40891  
Fernschreiber 029823  
Besuchszeiten:  
nur montags, dienstags, donnerstags  
und freitags von 09<sup>00</sup>-13<sup>00</sup> Uhr

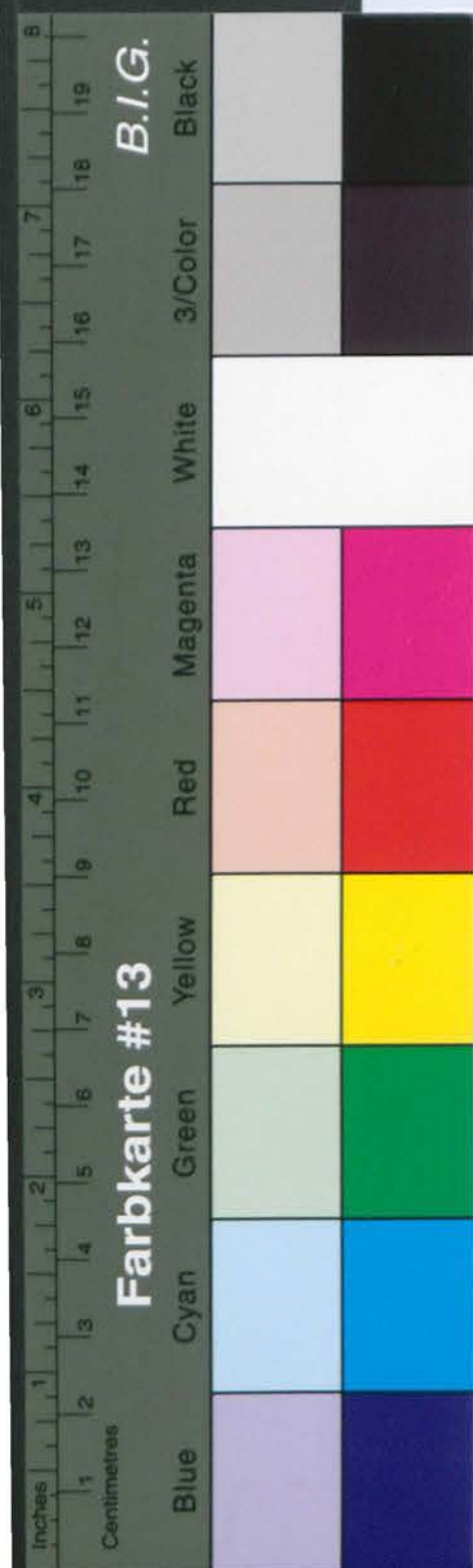
Kreisausschuß  
des Kreises Stormarn  
13. JULI 1953  
16. Aufl. / Tgb. Nr. ...

Im Auftrage:  
gez. Ziebert

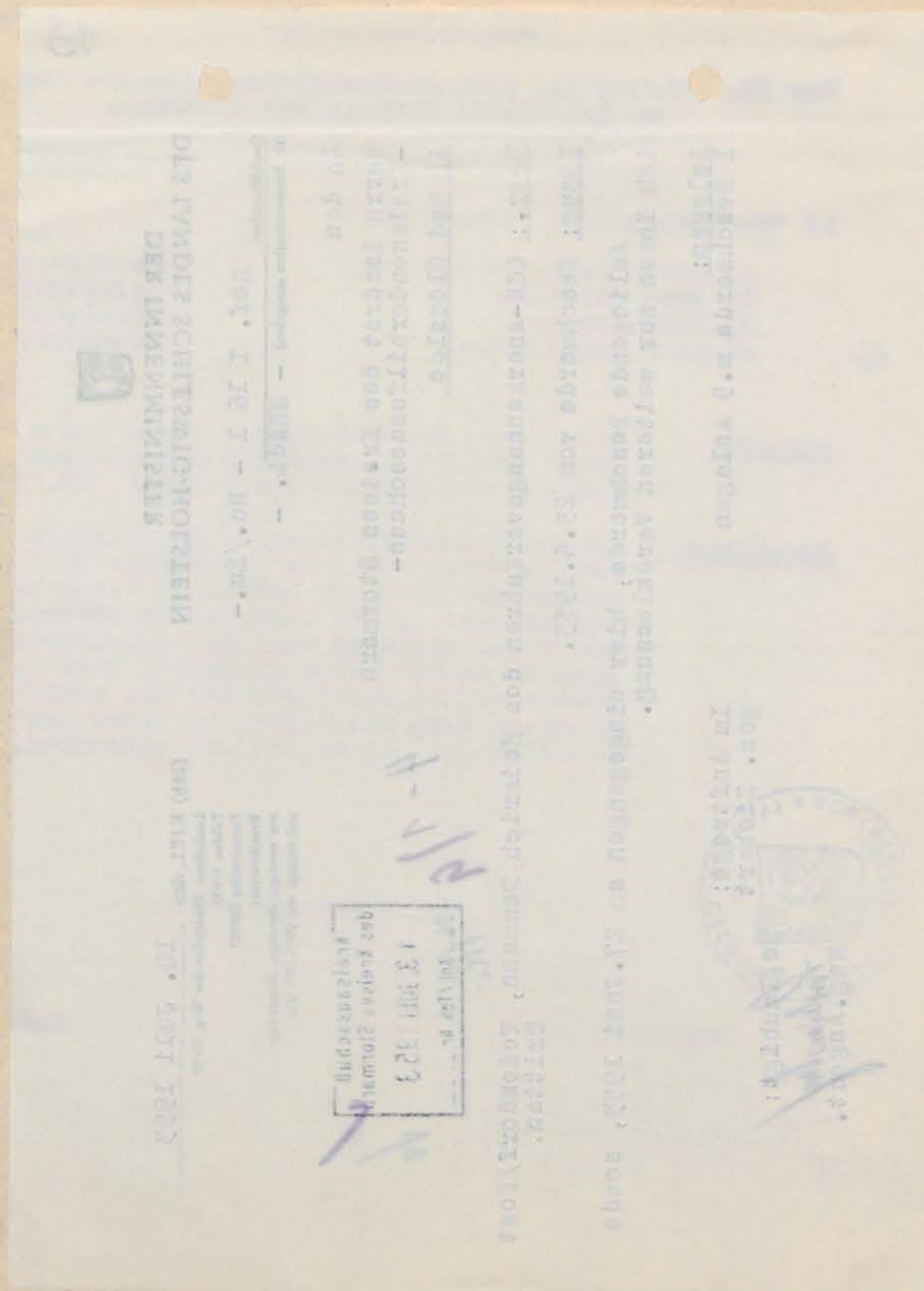


Beauftragt:  
Reg. Angest.





# Kreisarchiv Stormarn B2



14

## Protokoll

der 98. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 20. August 1953 in Bad Oldesloe.

Es waren anwesend:

- a) Herr Siege,
- b) Frau Hilmann,
- c) Herr Gering,
- d) Herr Dabelstein,

Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage: Beschwerde des Heinrich D a m m a n n in Todendorf  
gegen den die Anerkennung versagenden Beschluss des  
Kreissonderhilfeausschusses vom 29. Januar 1953.

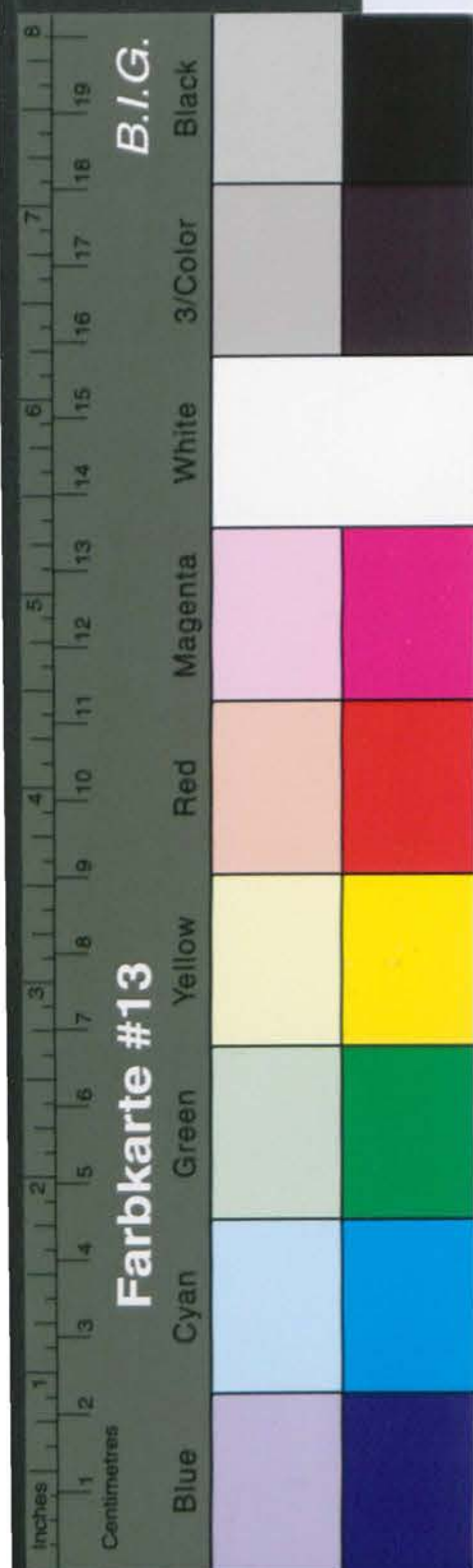
Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, es  
bei dem Beschluss vom 29. Januar 1953 zu belassen, da neue  
Tatsachen, die eine Änderung dieses Beschlusses herbei füh-  
ren könnten, nicht beigebracht wurden. Auch die eingereich-  
ten Zeugenaussagen der Fa. Wacholder-Müller oder Günther  
sind in keiner Weise geeignet, eine Anerkennung auszu-  
sprechen. Der Antragsteller ist nach Ansicht des Aus-  
schusses kein Verfolgter im Sinne des Landesgesetzes vom  
4.3.1948. Es war daher, wie geschehen, zu beschliessen.

Vorsitzender.

Beisitzerin.

Beisitzer.





# Kreisarchiv Stormarn B2

14

## Protokoll

der 98. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 20. August 1953 in Bad Oldesloe.

Es waren anwesend:

a) Herr Siege,  
b) Frau Hilmann,  
c) Herr Gering,  
d) Herr Dabelstein,  
Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Beschwerde des Heinrich D a m m a n n in Todendorf  
gegen den die Anerkennung versagenden Beschluss des  
Kreissonderhilfeausschusses vom 29. Januar 1953.  
Der Kreissonderhilfeausschuss beschließt einstimmig, es  
bei dem Beschluss vom 29. Januar 1953 zu belassen, da neue  
Tatsachen, die eine Änderung dieses Beschlusses herbei füh-  
ren könnten, nicht beigebracht wurden. Auch die eingereich-  
ten Zeugnisaussagen der Fa. Wacholder-Müller oder Günther  
sind in keiner Weise geeignet, eine Anerkennung auszu-  
sprechen. Der Antragsteller ist nach Ansicht des Aus-  
schusses kein Verfolgter im Sinne des Landesgesetzes vom  
4.3.1948. Es war daher, wie geschehen, zu beschließen.

Vorlage:

Beschluss:

Vorsitzender.

Beisitzerin.

Beisitzer.

15

## Protokoll

der 98. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 20. August 1953 in Bad Oldesloe.

Es waren anwesend:

a) Herr Siege,  
b) Frau Hilmann,  
c) Herr Gering,  
d) Herr Dabelstein,  
Vorsitzender,  
Beisitzerin,  
Beisitzer,  
Geschäftsführer.

Vorlage:

Beschwerde des Heinrich D a m m a n n in Todendorf  
gegen den die Anerkennung versagenden Beschluss des  
Kreissonderhilfeausschusses vom 29. Januar 1953.

Beschluss:

Der Kreissonderhilfeausschuss beschließt einstimmig, es  
bei dem Beschluss vom 29. Januar 1953 zu belassen, da neue  
Tatsachen, die eine Änderung dieses Beschlusses herbei füh-  
ren könnten, nicht beigebracht wurden. Auch die eingereich-  
ten Zeugnisaussagen der Fa. Wacholder-Müller oder Günther  
sind in keiner Weise geeignet, eine Anerkennung auszu-  
sprechen. Der Antragsteller ist nach Ansicht des Aus-  
schusses kein Verfolgter im Sinne des Landesgesetzes vom  
4.3.1948. Es war daher, wie geschehen, zu beschließen.

Vorsitzender.

Beisitzerin.

Beisitzer.



21. August 1953.

Sonderhilfsausschuss  
4-1/9 Dammann -D./-

4/ An den Herrn  
Innenminister  
des Landes Schleswig-Holstein  
-Ref. I 16 1 -

K i e l .

Todendorf In der Beschwerdesache Heinrich D a m m e n n in

-Aktenzeichen: Ru./Ia.-

reiche ich anliegend unter Bezugnahme auf den Erlass vom 10.7.1953 den Vorgang unter Beifügung meiner Handakten zurück mit der Bitte, eine Entscheidung des Sonderhilfsausschusses des Landes herbeizuführen. Der ablehnende Beschluss des Kreissonderhilfsausschusses vom 29.1.1953 wurde dem Beschwerdeführer mit Einschreibebrief vom 19. Mai 1953, abgesandt am 27. Mai 1953, zugeleitet, so dass die Beschwerdefrist eingehalten ist.

Im Auftrage des Landrates:

• 歷史學家對於其上的問題

Александров

• 中国音乐史话

Deborah

g) *Non populat*  
o) *Non populat*  
p) *Non populat*  
s) *Non populat*

1. *Chlorophyll*  
 2. *Chlorophyll*  
 3. *Chlorophyll*  
 4. *Chlorophyll*

Бројеве на страници

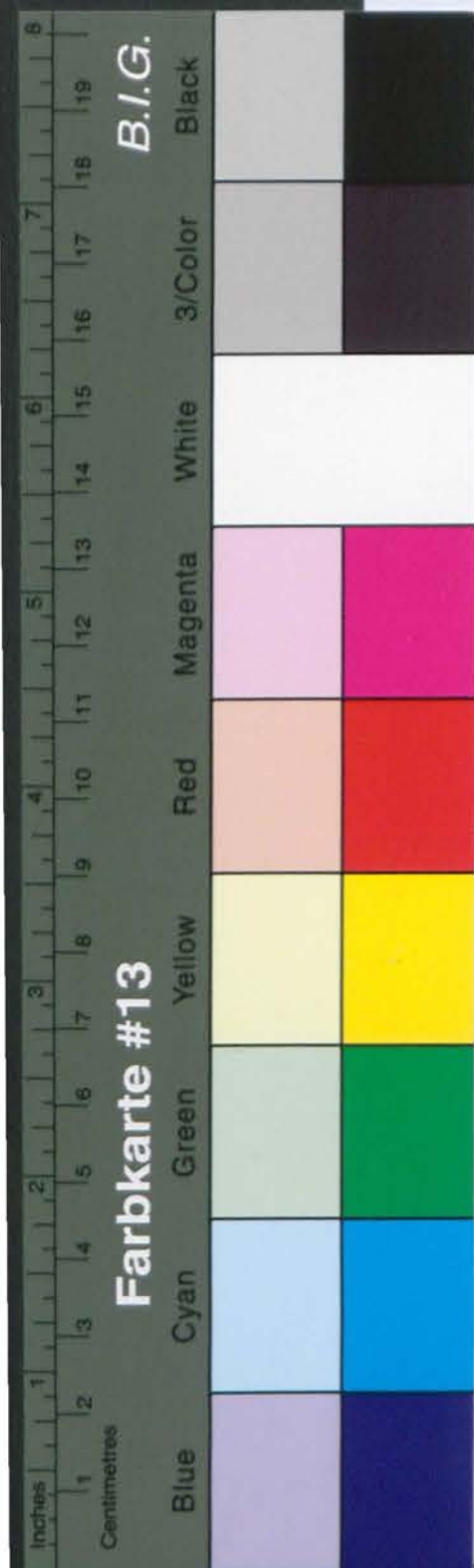
am 30. August 1922 in Bad Olsberg.  
der 28. Sitzung des Kreislandtags vom 2. Februar

11030304T

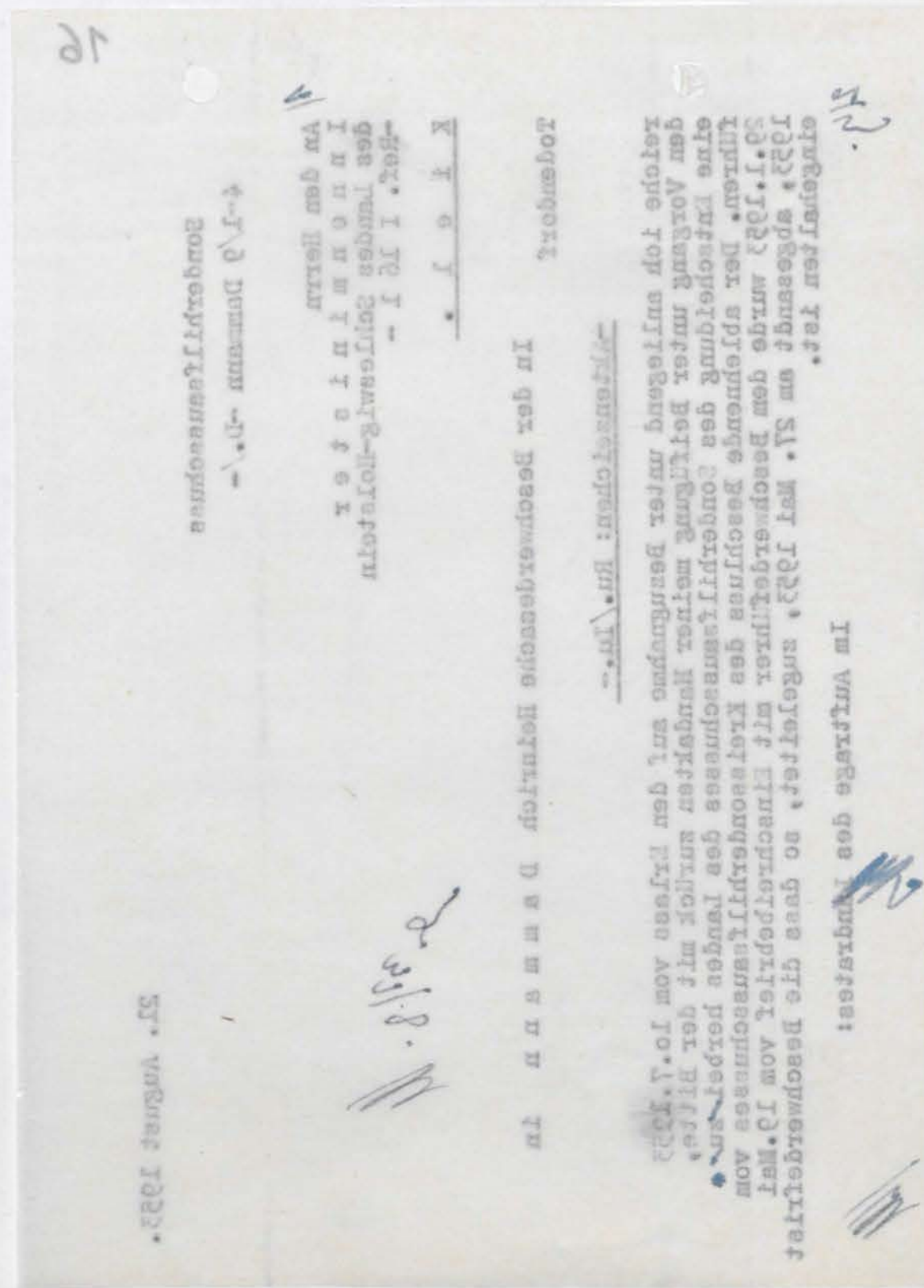
45







# Kreisarchiv Stormarn B2



Kreis Stormarn  
Der Landrat  
-Kreisentschädigungsamt -  
4-1/9

Bad Oldesloe, den 25. Jan. 1954<sup>17</sup>  
Dezember 1953

Herrn/Frau/Fräulein

Herrn/Frau/Fräulein

in Tiedtshof

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechzeiten montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

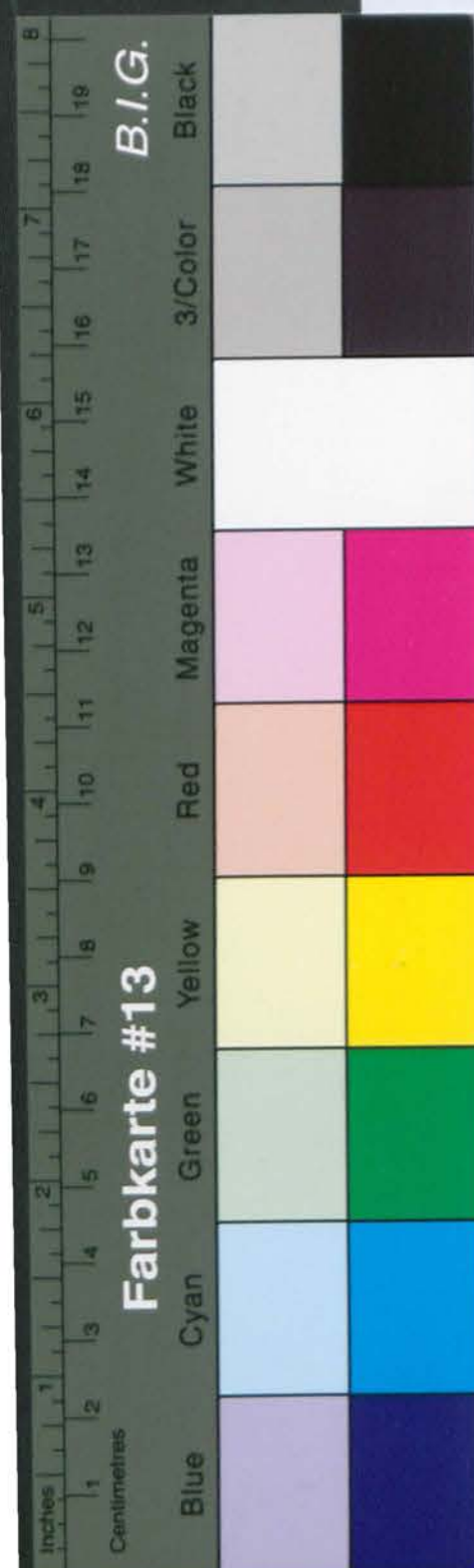
Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:

W. K. K. K. K.





# Kreisarchiv Stormarn B2

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!  
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!  
Nicht Zutreffendes streichen!

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:  
(Eingangsstempel)

mit ..... Anlagen  
Nr. ....  
Empfangsbestätigung erteilt am .....

## Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

### I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Dammann  
Vornamen: Heinrich  
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): 29. 2. 77. Lübeck Ko. Rebnitz  
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): Jedorf Kreis Stormarn  
(Straße und Haus-Nr.)  
Familienstand: led. / verh. / verw. / gesch.  
Anzahl der Kinder: keine Alter der Kinder: .....  
Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsch jetzige: Deutsch  
2. Beruf: .....  
Erlerner Beruf: Lehrer als Steward und Obersteward  
Jetzige berufliche Tätigkeit: Rechner  
3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein  
Wenn ja:  
Wegen ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?  
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein

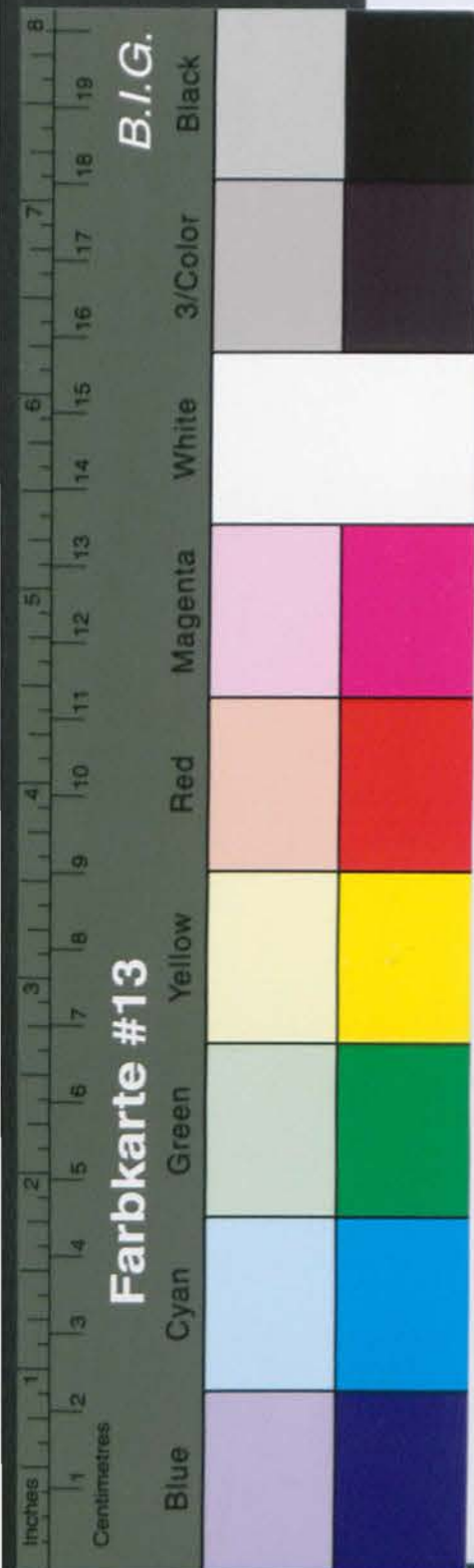
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

### II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: .....  
Vornamen: .....  
Geburtsort und -ort (Kreis, Land): .....  
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land): .....  
(Straße und Haus-Nr.)  
gestorben am: .....  
in (Kreis, Land): .....  
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: .....  
Staatsangehörigkeit: frühere: ..... letzte: .....  
2. Beruf: .....  
Erlerner Beruf: .....  
Letzte berufliche Tätigkeit: .....  
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?





# Kreisarchiv Stormarn B2

— 2 —

## III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

	Anspruchs- berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	ja / nein	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen?	ja / nein	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:		
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	ja / nein	ja / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:	ja / nein	ja / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:		
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:		
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:		
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:		
e) bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:		
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?		
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?		
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen? Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:	ja / nein	ja / nein
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgengruppen und deren Hinterbliebenen:		
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?		
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?		
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?		ja / nein

— 3 —

## IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6) Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:	ja / nein
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15) a) Heilverfahren: b) Rente und Kapitalentschädigung:	ja / nein ja / nein
3. Schaden an Freiheit (§ 16) durch Freiheitsentziehung	ja / nein
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
insgesamt = _____ volle Monate	
4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18 — 24) a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung: b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer: c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten: d) durch sonstige schwere Schädigung:	ja / nein ja / nein ja / nein ja / nein
5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25 — 55) a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit: b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle: c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950: d) durch Ausschluss von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:	ja / nein ja / nein ja / nein ja / nein
6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56 — 63) durch Schädigung in einer Lebensversicherung:	ja / nein

## V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?  
ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

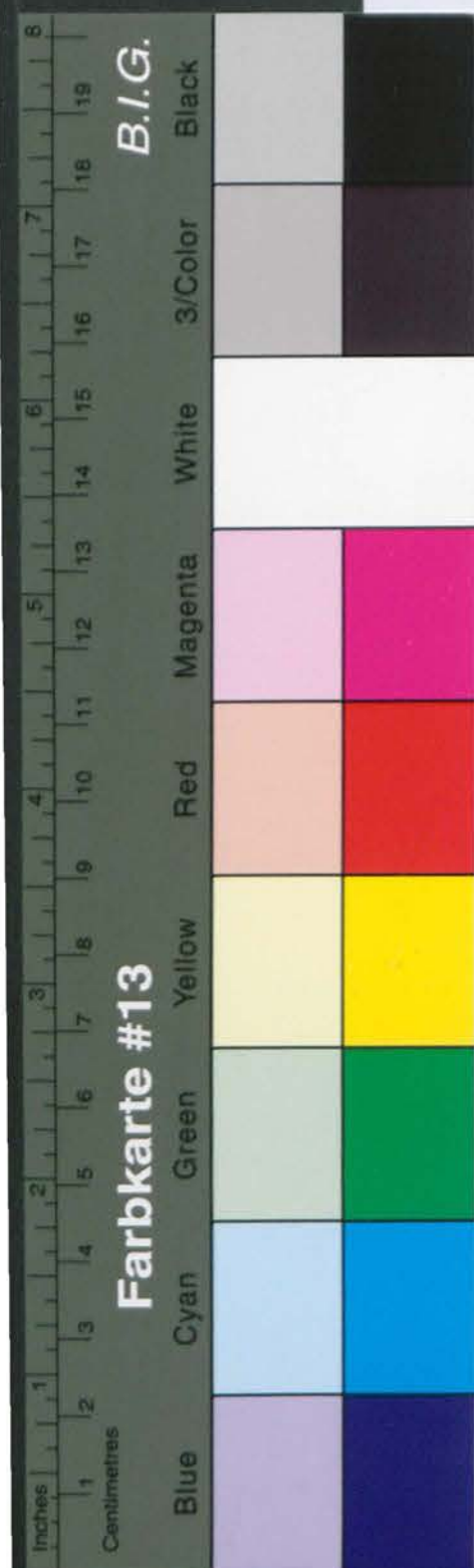
Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten?  
ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht?  
ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:





# Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ja / nein

## VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

- Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
- Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
- Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)  
Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an \_\_\_\_\_ oder  
(Behörde)

zu \_\_\_\_\_  
(Gericht) (Aktenzeichen)

\_\_\_\_\_ -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.  
Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Todendorf, den 8 Februar 54  
(Ort) (Datum)

Heinrich Pammann  
(Unterschrift)

Dem Antrag sind 17 Anlagen beigelegt, und zwar:

- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

Nachdruck verboten.

„Buchkunst“, Berlin W 35

20

- Dammann -

An die  
Amtsverwaltung  
in M o l l h a g e n

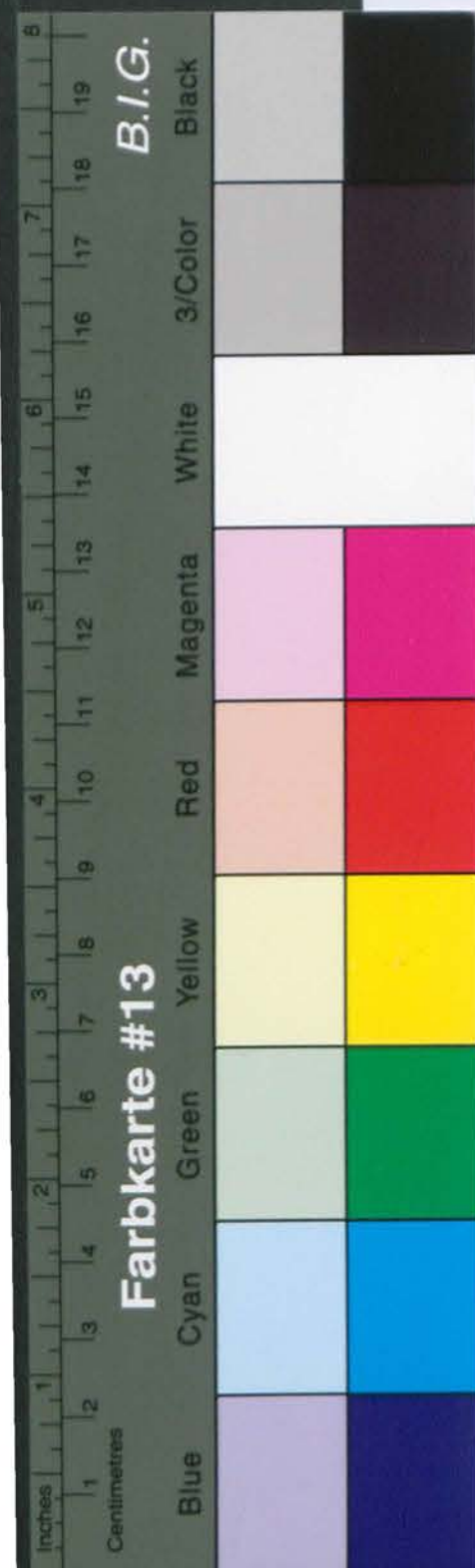
In der Wiedergutmachungssache Heinrich D a m m a n n in Todendorf bitte ich um Erteilung einer Meldebesccheinigung in doppelter Ausfertigung, woraus ersichtlich ist, seit wann D. in Todendorf wohnhaft und politisch gemeldet ist.

Im Auftrage des Landrates:

Bad Odesioe, den 12. Februar 1954  
D./Rt.

1782





# Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art d. ...

Sind Ansprüche nach Art. 119 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a) EGV  
getreten worden?

VI. Dem Antrag sollen beigegeben werden:

1. Eine Schilderung des Verhältnisses
2. Eine Erläuterung der Schadensursachen
3. Beweismittel (Originale, Kopien, etc.)

Zum Beispiel: Auswiesenschein, Heiratsurkunde, Fluchtling, Nachweise der Anspruchsgrundlage

Folgende Beweismittel:

wurden bereits an ...

zu ...

VII. Ich versichere, daß die vorstehende Erklärung wahr ist und daß ich die Ansprüche nicht anderweitig geltend gemacht habe.

Todendorf  
(Ort)

- Krakau -

An die  
Amtsverwaltung  
in Barsbüttel

In der Wiedergutmachungssache Bruno Krakau in

7. \_\_\_\_\_

8. \_\_\_\_\_

9. \_\_\_\_\_

10. \_\_\_\_\_

Nachdruck verboten.

„Buchkunst“, Berlin W 55

21

44.

Kreisentschädigungsausschuss  
4-1/9 - Daumann -

D./Rt.

5. Juli 1954

An das  
Landesentschädigungsausschuss  
Schleswig - Holstein

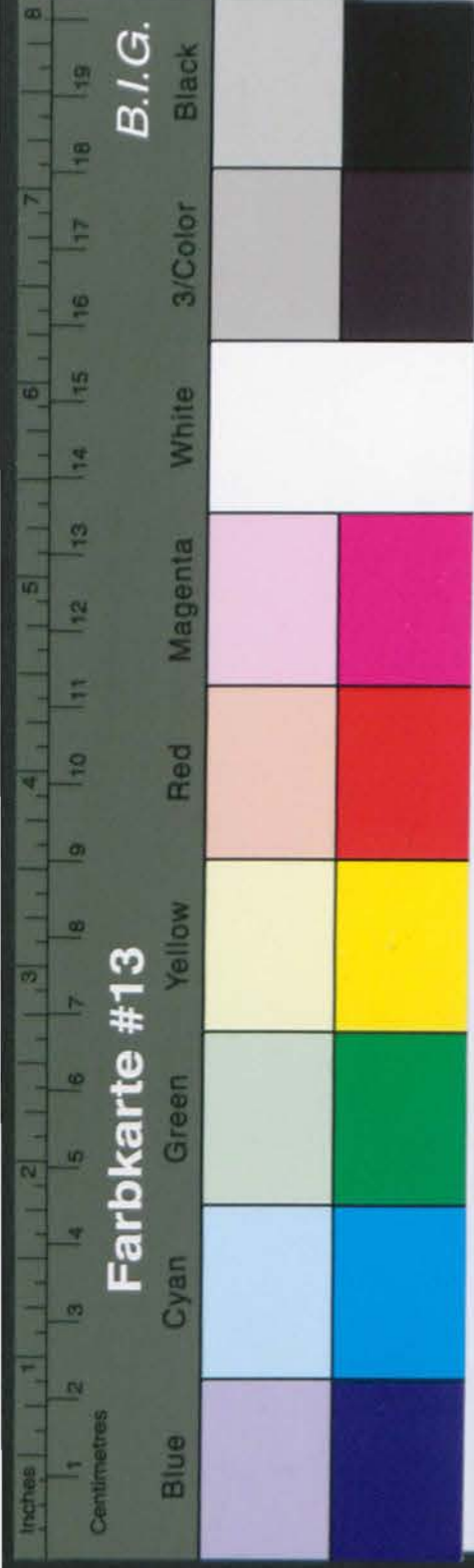
In der Wiedergutmachungssache Heinrich Daumann in Todendorf

Aktz.: SHdL.

Überreiche ich anliegend den bei mir gestellten formularmäßigen Wiedergutmachungsantrag mit der Bitte um die dortige Entscheidung. Auf die von mir am 21.8.53 überreichten Handakten nehme ich Bezug.

Im Auftrage:





# Kreisarchiv Stormarn B2

